

RECHTSVERORDNUNG

über den geschützten Landschaftsbestandteil

"Schmitshauser Hofbäume"

Gemarkung Schmitshausen, Landkreis Pirmasens, vom 28. Jan. 1996

Aufgrund des § 20 des Landespflegegesetzes (LPflG) i.d.F. vom 05.02.1979 (GVBl. S. 36), zuletzt geändert durch das Zweite Landesgesetz zur Änderung des Landespflegegesetzes vom 14.06.1994 (GVBl. S. 280), wird verordnet:

§ 1

Anwendungsbereich

- (1) Im gesamten Ortsbereich von Schmitshausen, der in der beige-fügten Karte flächenmäßig gekennzeichnet ist, werden alle Bäume nach Maßgabe dieser Rechtsverordnung unter Schutz gestellt.
- (2) Geschützt sind Bäume mit einem Stammumfang von 60 und mehr Zentimetern, gemessen in einer Höhe von 100 cm über dem Erdboden. Liegt der Kronenansatz unter dieser Höhe, ist der Stammumfang unmittelbar unter dem Kronenansatz entscheidend. Bei mehrstämmigen Bäumen ist die Summe der Stammumfänge maßgebend.
- (3) Nicht unter die Rechtsverordnung fallen Obstbäume -mit Ausnahme von Walnußbäumen- sowie Baumbestände in Gärtnereien und Baumschulen.
- (4) Festsetzungen von Bebauungsplänen oder Rechtsverordnungen nach dem Landespflegegesetz bleiben von dieser Rechtsverordnung unberührt.

§ 2

Schutzzweck

Schutzzweck ist die Bestandserhaltung der Bäume als besonders prägende und typische Elemente des ländlichen Ortsbildes. Darüber hinaus dient die Unterschützstellung der Sicherstellung eines funktionsfähigen Naturhaushaltes, da die Großbäume wichtige Elemente im natürlichen Wirkungsgefüge darstellen. Hervorzuheben ist dabei insbesondere deren Habitatfunktion.

§ 3

Verbotene Maßnahmen

- (1) Im Geltungsbereich dieser Rechtsverordnung sind alle Handlungen verboten, die dem Schutzzweck zuwiderlaufen.
- (2) Verboten ist es insbesondere
 - a) die geschützten Bäume zu beseitigen, zu schädigen oder ihren Aufbau wesentlich zu verändern,
 - b) Wurzeln, Äste oder Rinde zu entfernen oder zu beschädigen,
 - c) den bisherigen Bodenkörper im gesamten Wurzelbereich durch Abgrabungen oder Aufschüttungen, oberflächliche Befestigung mit einer wasserundurchlässigen Decke sowie die Ausbringung von baumschädigenden Substanzen (z.B. Salze, Öle, Laugen usw.) zu verändern.

§ 4

Anordnung von Maßnahmen

- (1) Die Kreisverwaltung als untere Landespflegebehörde kann anordnen, daß der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte eines Grundstückes bestimmte Maßnahmen zur Erhaltung, zur Pflege und zum Schutz von Bäumen i. S. d. § 1 dieser Verordnung trifft, insbesondere, wenn Baumaßnahmen vorbereitet oder durchgeführt werden sollen.
- (2) Sofern die Durchführung der Erhaltungs- und Pflegemaßnahmen an den geschützten Bäumen dem Eigentümer oder Nutzungsberechtigten eines Grundstückes nicht zumutbar ist, hat er sie auf Anordnung der in § 4 Abs. 1 genannten Stelle zu dulden.

§ 5

Ausnahmen und Befreiungen

- (1) Ausgenommen von den Verboten des § 3 sind
 - a) die üblichen Maßnahmen zur Pflege und Erhaltung der geschützten Bäume, sofern sie die Baumgestalt nicht wesentlich verändern,

- b) unaufschiebbare Maßnahmen zur Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr; sie sind der unteren Landespflegebehörde unverzüglich anzuzeigen,
- c) Maßnahmen, die dem Schutzzweck zuwiderlaufen, wenn der Eigentümer oder Nutzungsberechtigte eines Grundstückes aufgrund öffentlich-rechtlicher Vorschriften oder eines rechtskräftigen Urteils zu ihrer Durchführung verpflichtet ist.

(2) Von den Verboten des § 3 kann im Einzelfall Befreiung erteilt werden, insbesondere wenn

- a) sie mit den landespflegerischen Belangen vereinbar ist,
- b) das Verbot zu einer nicht beabsichtigten Härte führen würde und eine Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist,
- c) die Erhaltung eines kranken Baumes auch unter Berücksichtigung des daran bestehenden öffentlichen Interesses mit zumutbarem Aufwand nicht möglich ist.

(3) Befreiungen von den Verboten des § 3 sind bei der unteren Landespflegebehörde zu beantragen; sie können mit Auflagen oder Bedingungen verbunden werden.

(4) Werden geschützte Bäume aufgrund des § 5 dieser Rechtsverordnung beseitigt oder in ihrer Gestalt wesentlich verändert, so kann die untere Landespflegebehörde Ausgleich bzw. Ersatz für die betreffenden Eingriffe gem. §§ 4 - 6 Landespflegegesetz verlangen.

§ 6

Baumschutz im Baugenehmigungsverfahren

Wird für ein Grundstück im Geltungsbereich dieser Rechtsverordnung eine Baugenehmigung beantragt, sind in den Antragsunterlagen die geschützten Bäume kenntlich zu machen. Sollen für das beantragte Bauvorhaben Maßnahmen erfolgen, die dem Schutzzweck zuwiderlaufen, ergeht die Entscheidung im Baugenehmigungsverfahren.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig i.S.d. § 40 Abs. 1 Ziff. 8 Landespflegegesetz handelt, wer ohne Genehmigung vorsätzlich oder fahrlässig

a) entgegen § 3 Abs. 1 handelt oder

b) entgegen § 3 Abs. 2 geschützte Bäume beseitigt, schädigt, ihren Aufbau wesentlich verändert, Wurzeln, Äste oder Rinde entfernt oder beschädigt sowie den bisherigen Bodenkörper im gesamten Wurzelbereich durch Abgrabungen oder Aufschüttungen, oberflächliche Befestigung mit einer wasserundurchlässigen Decke oder die Ausbringung von baumschädigenden Substanzen verändert,

c) entgegen § 4 Abs. 1 angeordnete Maßnahmen nicht trifft,

d) entgegen § 5 Abs. 3 oder Abs. 4 die mit einer Ausnahme oder Befreiung verbundenen Auflagen oder Bedingungen und Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen nicht durchführt.

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 100.000,-- DM geahndet werden, soweit die Zuwiderhandlung nicht durch Bundes- oder Landesrecht mit Strafe bedroht ist.

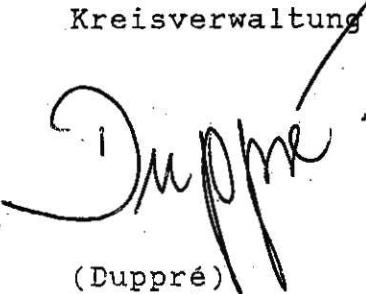
§ 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Pirmasens, den 28. JAN. 96

Kreisverwaltung Pirmasens


(Duppré)
Landrat